

Kommunalwahl 2011

FDP

Grafschaft Bentheim



**Faire Politik für die
Grafschaft Bentheim!**

www.fdp-grafschaft-bentheim.de | info@fdp-grafschaft-bentheim.de



Stark vor Ort!

Die Liberale Bürgergesellschaft in der Grafschaft Bentheim

Wir machen uns stark für die Menschen vor Ort!

1. Liberale Bürgergesellschaft vor Ort

In unserem Landkreis haben die Bürgerinnen und Bürger die Chance, die Zukunft ihrer Kommune aktiv mitzugestalten. Gerade vor dem Hintergrund der Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft – Alterung, demografischer Wandel und Integration – stehen unsere Städte und Gemeinden in der Grafschaft Bentheim vor großen Herausforderungen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort wollen wir gute Lebensbedingungen für Frauen und Männer, für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren, für Inländer, Migranten und Ausländer, für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Das Ehrenamt spielt für die liberale Gesellschaft vor Ort eine zentrale Rolle. Dieses gilt kontinuierlich zu verbessern und zu stärken. Die Lebensadern einer liberalen Bürgergesellschaft sind Vereine und Institutionen. Hier organisieren viele Bürgerinnen und Bürger ihr ehrenamtliches Engagement und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort. Auch in der Jugendarbeit leisten sie einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung von jungen Menschen. Insbesondere freiwillige Feuerwehren erfüllen in vielen Orten mittlerweile nicht nur Brandschutzaufgaben.

Gemeinsam mit Sport- und Heimatvereinen sind sie vielerorts Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Für die gesellschaftliche und ökonomische Zukunft unseres Landkreises ist eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund von zentraler Bedeutung. Grundlage jeder erfolgreichen Integration sind Akzeptanz unserer Werte und Gesetze und (gegenseitige) Toleranz. Toleranz bedeutet sich auf den anderen einzulassen, ihn kennenzulernen und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln.

Wir Liberale trauen Zuwanderern etwas zu und fordern sie auf, ihre Chancen in Grafschaft Bentheim zu nutzen und sich aktiv in unsere Gesellschaft einzubringen. Gerade vor Ort gibt es in der Politik, durch Sport- und Kulturvereine, durch Bürgerinitiativen und Freiwilligenverbände zahlreiche Möglichkeiten sich zu engagieren. Eine moderne Integrationspolitik kann helfen, die Attraktivität unserer Region deutlich zu steigern.



Gesellschaftliches Leben spielt sich aber nicht ausschließlich in Vereinen und Institutionen ab, sondern dort, wo Menschen sich begegnen. Wir sind der Auffassung, dass der öffentliche Raum den Bürgern gehört und uneingeschränkt genutzt werden darf, soweit die Freiheit anderer nicht beeinträchtigt wird.

Der Rückgang der Geburtenzahlen stellt den Sport, nicht nur in den ländlichen Regionen der Grafschaft Bentheim, vor neue Herausforderungen. Gerade kleinere und Spartenvereine sind vom demographischen Wandel besonders betroffen. Die mögliche Zusammenfassung von kleinen oder Spartenvereinen in größere Einheiten sollte jedoch eine ausschließliche Entscheidung der betroffenen Vereine bleiben. Subsidiarität und Dezentralität sind dabei unsere liberalen Maxime. Ein vielfältiges Sportangebot ist für uns Liberale integraler Bestandteil einer lebenswerten Kommune.

Wir setzen uns dafür ein, auch Menschen mit Behinderungen eine möglichst freie und eigenverantwortliche Gestaltung ihres Lebens zu ermöglichen. Über eine Förderung durch vermehrte Angebote integrativer Gruppen in Krippen und Kindergärten werden schon früh bestehende Barrieren im öffentlichen Raum beseitigt.

Eine liberale Bürgergesellschaft vor Ort steht für:

- die volle Anerkennung jedes Menschen jeglichen Alters und Herkunft und von ihnen gewählten

Lebensformen;

- *ein faires Miteinander der Generationen und die Teilhabe der Menschen jeder Altersstufe an allen wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen;*
- *erworbenes Wissen und gewonnene Lebenserfahrung über ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement zum Wohle der Allgemeinheit einzusetzen;*
- *eine Anerkennung und Würdigung bürgerschaftlichen Engagements durch die identifikationsstiftende Niedersächsische Ehrenamtskarte.*

2. Demokratische Mitbestimmung

Die Kommune ist die politische Entscheidungsebene, in der die Schwelle zu einer breiten Beteiligung am niedrigsten anzusehen ist. Wir Liberale wollen möglichst viele Bürger ermutigen, sich für die Entwicklung ihrer Heimat politisch zu engagieren. Nicht zuletzt die Proteste rund um den Bau eines neuen Stuttgarter Hauptbahnhofes haben – unabhängig von einer politischen Bewertung der konkreten Streitfrage – die Frage aufgeworfen, wie eine möglichst sinnvolle und konstruktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in der Zukunft ausgestaltet sein sollte.



Das Herzstück politischer Willensbildung sehen wir Liberale auch künftig in politischen Parteien und Bürgerinitiativen. Hierarchische Strukturen sind in den Kommunalparteien vielfach schwach ausgeprägt, so dass ein direkter Einfluss auf die Diskussion über wichtige Entscheidungen in deren Rahmen gewährleistet ist. Gleichzeitig muss es aber auch für parteilose Bürgerinnen und Bürger Partizipationsmöglichkeiten an der Kommunalpolitik geben, insbesondere dann, wenn sie von fraglichen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Deshalb sind die Elemente demokratischer Mitbestimmung zu stärken und passgenau einzusetzen. Für die moderne Bürgerpartizipation ist es unerlässlich, dass die Räte und Ausschüsse ihre Arbeit so transparent wie möglich gestalten. Die FDP hält Livestreams, Onlinepetitionsplattformen für geeignete Mittel um politische Prozesse für den Bürger transparenter zu gestalten um gerade die Beteiligung junger Menschen an der politischen Meinungsbildung zu fördern.

Die liberale Demokratiegesellschaft steht für:

- *eine Stärkung des kommunalpolitischen Engagements;*
- *rechtzeitige und treffsichere Informationspolitik, um Missverständnisse oder Vorurteile gar nicht erst entstehen zu lassen;*
- *die Zurverfügungstellung eines Video-Livestreams der Ratssitzungen über das Internet, um so künftig jedem Bürger einen Einblick in die öffentliche Ratsarbeit zu ermöglichen.*



3. Arbeit, Wirtschaft und Innovation

Wir Liberale setzen auf fairen Wettbewerb und Transparenz und schaffen dadurch für die Wirtschaft attraktive Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Kommune und den vor Ort ansässigen - in der Regel kleinen und mittleren - Unternehmen. Die Städte, Gemeinden und der Kreis sind dabei Partner der Wirtschaft. Gemeinsam arbeiten sie für eine starke Wirtschaft vor Ort.

Unsere Kommune soll unbürokratische und transparente Antragsverfahren für Investitionsvorhaben anbieten und Unternehmen bei Neugründungen oder Erweiterungen zur Seite stehen. Das sichert und schafft mittel- und langfristig Ausbildungs- und Arbeitsplätze und erhält und steigert die Wirtschaftskraft in unserer Region. Die Grafschaft Bentheim

soll Betriebe ermutigen, neue Einstellungs- und Aufstiegschancen für Frauen zu schaffen, zum Beispiel durch Kooperation bei der Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten.

Unternehmen und Unternehmensgründer haben in der Regel verschiedene Kommunen als Standort zur Auswahl. Eine wichtige Rolle bei der Ortswahl spielen Entwicklungsperspektiven für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien die in unserem Landkreis einen vorrangigen Stellenwert erlangen müssen. Kommunale Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewinnen als Standortfaktor an Bedeutung. Daneben ist die Unterstützung von Unternehmensgründern und Ansiedlungswilligen durch Bereitstellung umfassender Standortinformationen insbesondere über das Internet wichtig. Unser Landkreis kann durch ein klares Profil im Wettbewerb mit anderen Kommunen profitieren. Das gilt auch für den Ausbau aller wesentlichen Standortfaktoren wie Verkehrsinfrastruktur, Gewerbegebiete, Bildungseinrichtungen, Gesundheitswesen und Kultur. Die Leistungsfähigkeit einer Kommune ist nicht zuletzt durch die am Ort ansässigen Unternehmen und Selbständigen bestimmt. Wir Liberale treten deshalb dafür ein, dass Unternehmensgründungen und Unternehmensansiedlungen von kommunaler Seite erleichtert werden und die kommunale Verwaltung mehr und mehr auch zu einem Dienstleister und Partner für die Unternehmen und Selbstständigen wird. Das Wirtschafts- und Kompetenzzentrum kann hier als Dreh- und Angelpunkt fungieren.

Wir treten dafür ein, dass der Landkreis die Melde- und Genehmigungsverfahren für unternehmerische Tätigkeiten entschlackt, verschlankt, zeitlich verkürzt und damit insgesamt vereinfacht, dazu gehört insbesondere das „Ein- Ansprechpartner-Prinzip“.

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Wahrnehmung von Aufgaben durch private Betriebe Vorrang vor der wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen erhält. Ziel von Privatisierungen sind Verbesserungen der Leistungen und Senkung von Preisen durch transparenten Wettbewerb. Außerdem ist zu prüfen, kommunale Betriebe ohne hoheitliche Aufgaben zu privatisieren.

Die Grafschaft Bentheim ist Urlaubsregion. Das Ziel liberaler Fremdenverkehrspolitik ist die Erhöhung der Attraktivität des Kreises Grafschaft Bentheim als Tourismusziel.



Liberaler Wirtschaftspolitik vor Ort macht sich stark für:

- *einen fairen Standortwettbewerb, in dem Wirtschaft und Kommune gemeinsam für eine starke mittelständische Wirtschaft vor Ort kämpfen;*
- *einen Ausbau schneller Internetverbindungen in allen Gebieten der Grafschaft Bentheim;*
- *eine Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune – privaten Unternehmen darf keine aus Steuern und Abgaben finanzierte Konkurrenz gemacht werden;*
- *für die weitere Stärkung des Wirtschafts- und Kompetenzzentrums.*

4. Schule, lebenslanges Lernen und Sport

Grundlage für die Attraktivität einer Kommune ist ein umfassendes Bildungs- und Erziehungsangebot für die in ihr lebenden Menschen. Ein solches Bildungsangebot umfasst die frühkindliche Bildung, die Schulbildung, die Berufsausbildung, die Hochschulbildung und die Erwachsenenbildung einschließlich der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung. Dabei muss auch im Landkreis Grafschaft Bentheim weiterhin gelten: Je kürzer die Beine, desto kürzer müssen die Wege zur Bildung sein.

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung wurde in den letzten Jahren in Grafschaft Bentheim forciert. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden. Wir Liberale begrüßen dabei ausdrücklich die Leistung der vielfältigen Träger von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.



Wir stehen jedoch nicht nur für den quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung, sondern stellen auch den qualitativen Ausbau in den Vordergrund, z.B. durch die Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und die Verkleinerung der Gruppen in den Kindertagesstätten. Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule soll durch eine enge Verzahnung der Kindertagesstätten und Grundschulen erreicht werden.

Wir Freien Demokraten streben den Erhalt auch kleinerer Grundschulstandorte im Rahmen von Schulverbänden an. Bei Schulverbänden sollen mehrere Grundschulstandorte unter dem Dach einer Schulleitung und eines Lehrerkollegiums miteinander verbunden werden. Den Grundschulen soll weiterhin ermöglicht werden, eine flexible Eingangsstufe zu führen.

Bewegung und Lernen ergänzen einander, deshalb ist es wichtig, bereits in der Vorschulerziehung, in Kindergärten und Kindertagesstätten gezielte Bewegungsförderung einzusetzen. Bewegung fördert die Leistungsfähigkeit und geistige Aufnahmebereitschaft und wirkt damit wie ein Motor für die kindliche Entwicklung und lebenslanges Lernen. Sport bildet eine unschätzbare gesellschaftliche Integrationsleistung, er vermittelt soziale Kompetenzen, stärkt Teamgeist, Verantwortung und Leistungsbereitschaft. Deshalb halten wir Freien Demokraten es für unerlässlich, dass die Kooperation zwischen Sportvereinen und Ganztagschulen auszubauen und zu vertiefen. Der Landkreis und die Kommunen müssen hierbei günstige Rahmenbedingungen schaffen und Kooperationen fördern.

Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels kann eine gute berufliche Bildung einen Standortvorteil für unsere Kommune darstellen. Die berufsbildenden Schulen sollen zu Regionalen Kompetenzzentren weiterentwickelt werden. Dadurch wird eine noch engere Verzahnung mit der örtlichen Wirtschaft möglich und die Schulen werden in die Lage versetzt, flexibel auf die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft reagieren zu können.

In unserer Bildungspolitik setzen wir uns dafür ein, dass die einzelnen Bildungsangebote von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung in jedem Lebensalter eng miteinander verzahnt werden. Durch eine enge Verzahnung der einzelnen Angebote unter Einbeziehung der Angebote der Jugendberufshilfe und Jugendhilfe wird es möglich sein, der kommenden Generation durch Erziehung und Ausbildung den angemessenen Rahmen für ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu bieten. Dabei werden wir benachteiligte Gruppen nicht außer Acht lassen. Benachteiligte Kinder und Jugendliche wollen wir mit zielgerichteten pädagogischen Angeboten unterstützen, um die soziale Integration zu fördern und eine Qualifizierung für den Arbeitsmarkt zu erreichen. In einer zukunftsfähigen Schule und Gesellschaft darf kein Kind und kein Jugendlicher zurückbleiben.



Liberales Bildungspolitik vor Ort setzt sich ein für:

- eine Vernetzung der Bildungsangebote von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule und Erwachsenenbildung zu Bildungsregionen;
- einen qualitativen und quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung;
- den Erhalt kleiner Grundschulstandorte durch Schulverbände;
- den Ausbau der Ganztagschulen;
- die Verbesserung der Ausstattung der Schulen und des Arbeitsplatzes Schule;
- eine Förderung des Breitensportes und eine bessere Verknüpfung von Schule und Sportvereinen;
- die Novellierung der Richtlinien des Landkreises aus 2010 über investive Förderungen im Bereich des Sports, d.h. grundlegende Sanierungen werden förderfähig;
- die Verzahnung von Schule und Jugendhilfe;
- eine finanzielle und organisatorische Planungssicherheit für die Schulträger und Schulen;

· die Abschaffung der Schuleinzugsbereiche, um den Eltern größere Wahlfreiheit zu sichern.

5. Sicherheit und Ordnung

Im Bereich Sicherheit und Ordnung muss der Landkreis eine deutliche Handschrift zeigen.

Durch gemeinsame Entscheidungen im Kreistag soll es künftig gelingen, die Sicherung der Rettungsdienste zu gewährleisten. Gleichzeitig wird damit auch die ehrenamtliche Arbeit der Helferinnen und Helfer in den Rettungsorganisationen gestärkt.

Das gilt gleichermaßen für den Brandschutz, dem Rettungsdienst und der Zusammenarbeit mit der Polizei.

Wir Freien Demokraten denken dabei auch an einen weiteren Ausbau des Netz- und Informationsdienstes auf hohem Standard.

Liberale Sicherheits- und Ordnungspolitik setzt sich ein für:

- eine Zukunftssicherung eines qualitativ hohen Standards des Rettungswesens im Landkreis;
- eine moderne Ausstattung der freiwilligen Feuerwehren mit hochwertiger persönlicher Schutzausrüstung;
- für eine Stärkung des Ehrenamtes im Katastrophenschutz;
- eine fortlaufende Verbesserung des Netzwerksystems des Rettungs- und Feuerwehrwesens.

6. Verwaltung und kommunale Finanzen

Wir Liberale bekennen uns zu einer modernen und bürgeroffenen Kommunalverwaltung, die sich an den Wünschen ihrer Kunden und Eigentümer – den Bürgerinnen und Bürgern – und der wirtschaftlichen Erledigung von Aufgaben orientiert. Der Schlüssel hierfür sind gut qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung von Qualitätsmanagementsystemen ein.

Wir Liberale setzen auf das Konzept der Bürgerbüros, die als zentrale Anlaufstelle für Verwaltungsfragen den Bürgerinnen und Bürgern Behördengänge abnimmt. Gleichzeitig wollen wir verstärkt Internetangebote der Kommunen ausbauen und damit virtuelle Bürgerbüros schaffen die eine elektronische Antragserstellung ermöglichen.

Die Basis einer guten Verwaltung ist eine solide Finanzierung. Wir fordern eine solide kommunale Haushalts- und Finanzpolitik, die die finanzielle Überlastung künftiger Generationen vermeidet. Es kann grundsätzlich nicht mehr ausgegeben werden, als eingenommen wird.

In Kommunen mit jahresbezogenem defizitärem Haushalt müssen die freiwilligen Zuwendungen, Zuschüsse und Leistungen deutlich begrenzt werden. Die Ausgabenwünsche der Politik und der Bürger müssen sich an den Einnahmen orientieren. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig durch regelmäßige Bürgerversammlungen in die Haushaltsdiskussionen mit einzubinden.

Wir Liberale sprechen uns dafür aus, in der Verwaltung kleinere betriebswirtschaftliche Einheiten zu bilden, um die Eigenverantwortung für wirtschaftliches Handeln zu stärken. Leistungen sollten mehr nach dem Verursacherprinzip kostendeckend erbracht werden. Öffentlich-private Partnerschaften können dabei immer dann zu einem effizienteren Wirtschaften beitragen, wenn sich aus der Beteiligung Privater auch langfristig ein Vorteil für die Kommunen ergibt. Dies ist auf Basis der Vereinbarungen vorab zu prüfen.



Wir lehnen kommunale Bagatellsteuern ab. Gegebenenfalls

vorhandene Haushaltsspielräume sind zur Abschaffung solcher Steuern zu nutzen. Die kaufmännische Buchführung bei den Kommunen schafft Transparenz über die tatsächliche Vermögenssituation der Kommunen. Liberale Kommunalpolitik will die Steuerungsinstrumente über klar formulierte Ziele weiter voranbringen und somit die Politik auf wichtige kommunale Weichenstellungen konzentrieren und die Eigenverantwortung der Verwaltung stärken.

Liberale Verwaltungs- und Finanzpolitik setzt sich ein für:

- eine einheitliche Anlaufstelle der Bürgerinnen und Bürger in der Verwaltung;
- eine sparsame und langfristig ausgerichtete Haushaltspolitik ohne Nettoneuverschuldung;
- eine verlässliche kommunale Finanzpolitik;
- Bürgerbeteiligung in der kommunalen Haushaltspolitik.

7. Mobilität und Strukturentwicklung

Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Sie ist die zentrale Voraussetzung für individuelle Freiheit und Lebensqualität. Gerade viele junge und ältere Menschen, die im ländlichen Raum leben, sind auf die Verfügbarkeit guter Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs angewiesen. Aufgabe der Grafschaft ist es daher, diese Versorgung bedarfsgerecht zu gewährleisten. Mobilität hat für die Grafschaft Bentheim auch eine starke wirtschaftliche Bedeutung, denn durch eine leistungsfähige Infrastruktur ist unser Landkreis an Wirtschaftszentren und nationale sowie internationale Verkehrsdrehkreuze angebunden.



Deshalb muss sich der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Menschen orientieren. So lehnen wir eine Bevormundung der Bürger bei der Wahl ihres Verkehrsmittels ab. Vielmehr muss der Ausbau der Verkehrswege frei von ideologischen Vorbehalten geschehen. Liberale Verkehrspolitik bevorzugt nicht einzelne Verkehrsträger, sondern vernetzt diese optimal miteinander und sorgt so für einen gesunden Wettbewerb zwischen den Verkehrsmitteln. Dabei spielt die Erhaltung und Erreichbarkeit von lokalen Versorgungs- und Dienstleistungszentren, seien es kleine Supermärkte, Bäckereien, Poststellen oder auch Handwerksbetriebe eine besondere Rolle. Wir wollen diese kleinen Zentren unterstützen, indem wir Bauplanungen fördern und dem Mittelstand freie Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Für die Erreichbarkeit soll eine bedarfsgerechte Entwicklung öffentlicher Verkehrsmittel sorgen.

Für uns Freie Demokraten ist das Herz der Stadt die Innenstadt. Sie lebt durch die Ergänzung angrenzender Stadtteile und Gemeinden. Eine lebendige Innenstadt bildet das Zentrum für die gesellschaftliche, touristische und kulturelle Entwicklung einer Stadt. Die Belange von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung im Bau- und Verkehrsbereich der Kommunen sind stärker zu berücksichtigen, beispielsweise durch möglichst wenige Schwellen und akustische Signale für Hör- sowie Kontrastoptimierung für Sehbehinderte. Die bauliche und infrastrukturelle Weiterentwicklung einer Region braucht aber auch Visionen, die weit über eine Wahlperiode hinausgehen. Umso wichtiger ist es, die Bürger in solch langfristige Planungsprozesse deutlich stärker einzubinden, als dies heute der Fall ist. Offene Dialogveranstaltungen und Bürgerentscheide können hierzu auf kommunaler Ebene einen wichtigen Beitrag leisten.

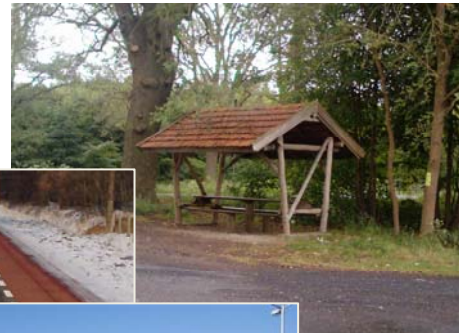


Liberale Verkehrspolitik setzt sich vor Ort dafür ein, dass:

- in der Kreis- und Infrastrukturpolitik die Bürgerinnen und Bürger durch Dialog- und

- Mitentscheidungsmöglichkeiten gezielter in die Planung eingebunden werden;
- die Bürger bei der Wahl Ihres Verkehrsmittels nicht von der Politik bevormundet werden;
- die Lärm- und Emissionsbelastungen kontinuierlich sinken, beispielsweise durch optimierte Ampelschaltungen und einen intelligenten, umweltfreundlichen ÖPNV;
- im öffentlichen Fuhrpark vermehrt auf Elektromobilität gesetzt wird und kommunale Konzepte entwickelt werden;
- Unfallschwerpunkte in den Städten und Gemeinden durch technische und bauliche Veränderungen entschärft und hierfür gegebenenfalls Prioritäten bei der Haushaltsplanung gesetzt werden;
- mehr Freiraum für unternehmerische Initiativen entsteht und eine verbindlich vorgeschriebene wettbewerbliche Vergabe von ÖPNV-Leistungen erfolgt;
- eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Nahverkehrsplanung erfolgt. Die Versorgung ist bedarfsorientierter zu gestalten;
- der Ausbau der Nordumgehung Nordhorn zügig vorangetrieben wird;
- eine Entlastungsstraße für die Ortsdurchfahrt Emlichheim zum Europark unter Berücksichtigung ökonomischen, ökologischen und bürgerfreundlichen Aspekten aller Betroffenen umgesetzt wird
- der Ausbau Kreiseigener -und Landesstraßen nach den Kriterien Beschaffenheit und Sicherheit verbessert wird;
- der Radwegeausbau weiterhin fortgesetzt wird. Das im Kreistag beschlossene Leitbild gilt als gute Richtschnur wenn es fortlaufend novelliert und den verändernden Gegebenheiten fortlaufend angepasst wird;
- der Ausbau des SPNV im Kreisgebiet weiter verfolgt wird mit dem Ziel, dass Nordhorn an das überregionale Schienennetz angeschlossen wird;
- der IC-Halt in Bad Bentheim wie mehrfach öffentlich bekundet möglichst lange erhalten bleibt;
- die FDP sich für den Ausbau des ÖPNV stark machen wird. Es gilt alle Fahrstrecken und Fahrzeiten neu zu überprüfen und entsprechend zu verbessern. Hier gilt es eine bestmögliche Mobilität eines Jeden zu gewährleisten;
- die FDP sich weiterhin für den Ausbau und der Beteiligung zum FMO einsetzen wird. Gerade in Bezug auf einen möglichen Flughafen in der Twente ist alles zu tun den FMO zu stärken um möglichst einen unnötigen, die Grafschaft belastenden Flughafen in Enschede zu verhindern;
- die FDP sich dafür einsetzen wird, dass neu ausgeschriebene Gewerbegebiete schon im Planungsverfahren Berücksichtigung der infrastrukturellen Anbindung finden.

Für Schutzunterkünfte



mehr Fahrradstraßen



oder gut ausgebaute Kreisverkehre



8. Umwelt, Energie und Landwirtschaft

Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden –für die heutigen wie auch für die künftigen Generationen. Sie stellt unsere natürlichen Lebensgrundlagen zur Verfügung und dient der Erholung.

Durch den Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung sollen Naturräume im Außenbereich nicht unnötig durch Baumaßnahmen beeinträchtigt werden. Mit einer verstärkten Reaktivierung von Industrie und Gewerbebrachen und Baulücken im Innenbereich erreichen wir eine Reduzierung des Flächenverbrauchs. Gleichzeitig trägt die Entwicklung von Industrie- und Gewerbebrachen sowie Baulücken zur positiven Stadtentwicklung bei.

Auch der Hochwasserschutz profitiert vom Erhalt und der Schaffung von Naturräumen, da so zusätzlicher Rückhaltungsraum entsteht. Wo es erforderlich ist, muss der natürliche Hochwasserschutz durch technischen ergänzt werden. Priorität muss der Schutz von Leib und Leben sowie der Bürger und ihrem Eigentum haben. Naturschutz und die mit ihm oftmals verbundenen Einschränkungen für die Nutzung der Natur finden nur dann die erforderliche Akzeptanz, wenn der Naturschutz mit den Menschen entwickelt wird und nicht gegen sie. Dabei ist der Grundsatz zu berücksichtigen, dass bei notwendigen Maßnahmen nicht stets das schärfste, sondern das ausreichende Mittel angewandt werden soll und die Betroffenen als Partner, frühzeitig, offen und transparent in die Verfahren, etwa bei der Ausweisung von Landschafts- oder Naturschutzgebieten, eingebunden werden. Die Natur dauerhaft zu schützen, gelingt nur, wenn die Menschen diese Natur auch kennen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen deshalb die Schutzgebiete auf geeignete Art und Weise kennen lernen können und die Gelegenheit haben, die Natur zu erleben. Die Grafschaft Bentheim bietet dazu mit seinen vielfältigen Sport- und Freizeitangeboten entsprechende Möglichkeiten.

Die Akzeptanz der Bürger ist auch für regenerative Energien ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Der Ausbau der Windenergie und der Bau von Biogas- und Photovoltaik-Anlagen hat sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt. Dies führt auch zu Problemen, wie z.B. erhöhten Flächenverbrauch, massivem Anstieg der Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen oder die Entstehung von Mais-Monokulturen. Die Weiterentwicklung einer unternehmerischen Landwirtschaft ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von vielen Betrieben. Deshalb wollen wir bei Planungsverfahren einen fairen Interessenausgleich zwischen den Interessen der Landwirtschaft, des Naturschutzes sowie der Bürgerinnen und Bürger.



Der Kreis kann viel zur Reduzierung von Lärm und Luftverschmutzung beitragen. Flüsterasphalt, Verstetigung des Verkehrs (z. B. durch „grüne Wellen“, Verkehrslenkungssysteme), Lärmschutzwände sind nur einige Maßnahmen von vielen, die ergriffen werden können, jedoch immer mit Blick auf die Haushaltslage und einer dem Bürger schlüssig vermittelbaren Finanzierbarkeit. Allerdings gibt es keine Patentrezepte, sondern nur maßgeschneiderte Lösungen. Bei allen Ansätzen stellen wir Liberale sicher, dass die ergriffene Maßnahme zu dem erreichbaren Erfolg in einem angemessenen Verhältnis steht.

Die Entsorgung von Haushaltsabfällen ist kommunale Aufgabe. Ziel muss es sein, diese möglichst effizient zu organisieren. Wir Freien Demokraten setzen hierbei auf einen fairen Wettbewerb zwischen Anbietern bei dem der Landkreis Grafschaft Bentheim die Rahmenbedingung vorgibt. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren durch den Wettbewerb durch günstigere Preise und besseren Service.

Libérale Umwelt- und Landwirtschaftspolitik vor Ort folgt den Grundsätzen:

- *Innenentwicklung in den Gemeinden schützt die Naturräume im Außenbereich und reduziert den Flächenverbrauch;*
- *Natur muss für die Bürgerinnen und Bürger zu erleben sein, damit sie für den Naturschutz eintreten. Er wird mit den Menschen entwickelt und bezieht alle Beteiligten mit ein;*
- *bei kommunalen Bauvorhaben, etwa dem Sportstättenbau, gewährleisten ökologische und Ressourcen schonende Konzepte einen verbrauchsärmeren und somit günstigeren und umweltschonenderen Betrieb;*
- *dem Ausbau von regenerativen Energien unter Einbeziehung von Energieproduzierenden Betriebe aus der Wirtschaft;*
- *Landwirtschaftliche Betriebe behalten im Sinne einer unternehmerischen Landwirtschaft die Chance, sich weiter zu entwickeln;*
- *Effiziente Entsorgung von Abfällen bedeutet auch Wertstoffgewinnung, kommunale Betriebe treten dabei in Wettbewerb mit anderen Anbietern;*
- *für eine sachliche Diskussion in der Landwirtschaft;*
- *für die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe, d.h. Mensch, Tier und Boden gehören zusammen;*
- *für Landschafts- und Naturschutz nur in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft;*
- *für weniger Bürokratie bei Verwaltungsaufgaben;*
- *für die Einführung von geeigneten Impfprogrammen gegen Tierseuchen (MKS, Schweinepest usw.);*
- *für die Fortführung der Waldkalkung;*
- *für mehr Geld für den Wirtschaftswegebau;*
- *gegen die Ausweisung gewerblicher Sondergebiete für Tierhaltung.*



9. Soziales und Gesundheit

Die Optionskommune Grafschaft Bentheim hat gezeigt, wie Arbeitsförderung vor Ort erfolgreich ausgestaltet werden kann. Der demografische Wandel lässt eine flächendeckende ärztliche Versorgung gerade in ländlichen Regionen zu einer großen Herausforderung werden. Daher halten wir Liberale eine Kombination von Maßnahmen für erforderlich, um den Arztberuf allgemein und insbesondere die Niederlassung in unterversorgten Gebieten attraktiver zu gestalten.

Der demografische Wandel lässt eine flächendeckende ärztliche Versorgung gerade in ländlichen Regionen zu einer großen Herausforderung werden. Die vom Kreis in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten und dem Euregio-Klinikum ergriffenen Maßnahmen sehen wir Liberalen sehr positiv. Zusätzlich halten wir es für unerlässlich, Medizinstudenten aus der Grafschaft Bentheim durch Patenschaften und Förderprogramme langfristig an die Grafschaft zu binden.

Die Zunahme pflegebedürftiger Menschen stellt die betroffenen Angehörigen, aber stellt auch unseren Landkreis vor große Herausforderungen. Sport und Bewegung leisten einen wesentlichen Beitrag zum Wohlergehen der Menschen. Hierfür sind Rahmenbedingungen in den Städten und Gemeinden notwendig, die Menschen jeder sozialen und kulturellen Herkunft egal welchen Alters ermöglicht sich zu beteiligen. Hier sollte eine enge Verzahnung zwischen den Sportvereinen und den kommunalen Gremien wie Integrations- und Seniorenbeirat und Seniorenvertretungen erfolgen. Denkbar sind auch Patenschaften durch aktive Mitglieder von Sportvereinen. Die FDP will insbesondere das Interesse der Städte und Gemeinden an einer Bewegungsförderung in der Lebenswelt Ihrer Bürger stärken. Für dieses Ziel sollen sie dazu beitragen, dass die Vereine, die Wohlfahrtsverbände, die Volkshochschulen und auch die Ärzteschaft vor Ort kooperieren und die Bürger gemeinsam über ihre Aktivitäten und Angeboten informieren. Darüber hinaus sind auch Aktivitäten in den Städten und

Gemeinden selbst für die (Weiter-) Entwicklung von Bewegungsangeboten, Räumlichkeiten, Kooperationen sowie die Information und Beratung von Interessierten notwendig, um die Zahl aktiver Älterer durch vernetzte Arbeit vor Ort zu steigern.

In der Grafschaft Bentheim findet sich eine Vielzahl von Beratungsangeboten für unterschiedliche Lebenssituationen, wie z. B. Familien- und Seniorenservicebüros, Drogen- und Suchtberatung, Schuldnerberatung oder Seelsorge. In unserer liberalen Sozialpolitik treten wir für eine Vielfalt der Träger ein. Die Beratungsangebote müssen flexibel am örtlichen Bedarf ausgerichtet werden können und für alle Betroffenen erreichbar sein.

Liberaler Sozial- und Gesundheitspolitik setzt sich vor Ort ein für:

- eine weitere Intensivierung der Eingliederungsmaßnahmen und bessere Vernetzung der Arbeitsförderung mit anderen sozialen Angeboten;
- eine stärkere Wertschätzung der gesundheitsrelevanten Leistungen, die in unseren Sportvereinen auf vornehmlich ehrenamtlicher Basis geleistet werden, besonders unter den Gesichtspunkten der Prävention und der Rehabilitation;
- die Kooperation mit Anbietern von Gesundheitsleistungen oder von anderen Dienstleistungen, um attraktive Angebote der Nahversorgung zu schaffen sowie Unterstützung bei einer Niederlassung durch Abbau bürokratischer Anforderungen;
- eine bessere Unterstützung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen;
- die Arbeit der Euregio-Kliniken ist schnellstmöglich zu optimieren und Missstände sind zu beseitigen, damit eine bedarfsgerechte Versorgung gewährleistet ist. Den geplanten Standortwechsel der Tagesklinik für die Psychosomatik sehen wir kritisch an.

10. Kultur

Kultur stiftet Identität. Wir freien Demokraten setzen bei der Weiterentwicklung unserer Demokratie auf die Ideen der Aufklärung. Dialog und Toleranz sind die Gegengewichte zu Gleichgültigkeit, Streit und Willkür. Kunst und Kultur sind wichtige Elemente der kommunalen Entwicklung, auch über Einzelinteressen hinaus, denn sie geben den Städten und Gemeinden ein unverwechselbares Gesicht. Auch in Zeiten knapper Kassen bleiben förderliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur eine öffentliche Aufgabe. Wir Liberale sind überzeugt, dass die Kernaufgaben des öffentlichen Kulturauftrags und die Kriterien und Formen der öffentlichen Förderung im Dialog mit den Bürgern bekräftigt und gestaltet werden sollten. Kulturelle Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben und Ansporn für individuelle Leistungen. Sie ist Motor für die Persönlichkeitsentwicklung, fördert Kommunikations- und Handlungskompetenz sowie



Ausdrucksfähigkeit. Sie macht Menschen stark und stolz auf eigene Fähigkeiten. Wir Freien Demokraten sind für stärkere Allianzen zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen. Dies umfasst die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Bibliotheken, musealen Einrichtungen, Kunstvereinen sowie Kunst- und Musikschulen.

Das Angebot kultureller Bildung muss sich den neuen Herausforderungen stellen und im Zuge des demographischen Wandels für Jung und Alt attraktiv sein.

Liberaler Kulturpolitik vor Ort macht sich stark für:

- Pflege und Erhalt kultureller Identität;
- eine offene und diversifizierte Kulturförderung;
- erleichterten Zugang zu Büchereien und zu kommunal geförderten Musik-, Theater- und

Kunstschulen;

- *Angebote für Gruppen an Schulen und Kindergärten und Zusammenarbeit zwischen Schulen und kulturellen Einrichtungen;*
- *Erhalt bzw. Revitalisierung Denkmalsgeschützter Gebäude;*
- *weiterer Ausbau des Kunst- und Skulpturenweges;*
- *eine gute Erreichbarkeit mit dem Auto, Rad oder zu Fuß;*
- *eine engere Zusammenarbeit mit unseren niederländischen Nachbarn, z.B. mit der Kunstakademie in Enschede.*



Gehen Sie wählen

Bei der Kommunalwahl am **11. September 2011** nehmen Sie Einfluss auf die künftige Politik bei Ihnen vor Ort. Erfolgreiche Politik lebt vom inhaltlichen und persönlichen Engagement der Bürger.

Wir Liberale zeigen Gesicht in den Räten und Kreistag. Wir engagieren uns und wollen unsere Heimat mitgestalten. Wir leben unsere liberalen Überzeugungen: ***Eine freie und tolerante Gesellschaft.***



Unterstützen Sie uns: Wählen Sie Ihre FDP-Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort.